

Den Haag soll Assads Verbrechen prüfen

Aktualisiert am 11.01.2013

Die Schweiz verlangt, dass der Internationale Strafgerichtshof das Syrien-Dossier untersucht. Am Montag will der Bund die entsprechende Petition, die von 52 weiteren Staaten unterstützt wird, bei der UNO einreichen



«Wir machen einen Vorschlag - der Ball liegt nun beim Sicherheitsrat»: Bundesrat Alain Berset.

Bild: Keystone

Bildstrecke



Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag soll die Vorwürfe von Kriegsverbrechen in Syrien untersuchen. Dies fordert die Schweiz in einer Petition, die sie am kommenden Montag dem UNO-Sicherheitsrat übergeben wird, wie SRF und RTS heute berichteten.

Der Schweizer Vorstoss wird von 52 Staaten unterstützt. Anlass für die Petition, die im vergangenen Juni lanciert wurde, sei die anhaltende

Chronologie der Aufstände in Syrien

Die Ereignisse in Syrien seit dem Beginn der Proteste im März 2011.

Dossiers

Der Aufstand in Syrien

Eine Million Syrer ohne

Lebensmittelhilfe

Erfolge an der Front nach Assad-Rede

«Seine unnützen Versprechen

täuschen niemanden»

Artikel zum Thema

«Lösung wartet nicht hinter der nächsten Ecke»

**Brahimi rückt öffentlich von Assad ab
Syrien-Gipfel der USA und Russlands –**

Rebellen lassen 48 Iraner frei

Die Angst des Präsidenten vor dem

Torwart

«Wir haben in Frieden gelebt, bis die verfluchte Revolution kam»

Der Patriot-Einsatz beginnt

Teilen und kommentieren

Die Redaktion auf Twitter

Folgen Sie dem Ressort auf dem Kurznachrichtendienst

BLOG



Aussichtslosigkeit der Lage in Syrien, hiess es beim Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) dazu auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda.

Der Ball liegt beim Sicherheitsrat

Bundesrat Didier Burkhalter sagte in der «Tagesschau» von SRF, dass die Idee in ganz Europa und auch in den meisten anderen Regionen der Welt unterstützt werde. «In Syrien passieren grauenhafte Kriegsverbrechen. Man muss klar machen, dass diese Verbrechen nicht ungestraft bleiben», sagte der Aussenminister weiter.

Die damalige Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf hatte in ihrer Rede vor der UNO-Vollversammlung im September für die Petition geworben. Damals hatten sich ihr bereits rund 30 Länder angeschlossen.

«Wir machen einen Vorschlag - der Ball liegt nun beim Sicherheitsrat», sagte Burkhalter in der «Tagesschau» weiter. Dieser könne die Operation stoppen oder durchziehen. Laut EDA setzt der Brief unabhängig vom Entscheid des UNO-Gremiums ein starkes Zeichen gegen die Straflosigkeit. (wid/sda)

Erstellt: 11.01.2013, 21:39 Uhr